

## EUROLand kommt

### Langfristige Empfehlungen an die Politik

Die gemeinsame Geldpolitik für die Euro-Länder soll durch eine gemeinsame Wirtschaftsregierung ergänzt werden. Es ist ein weiterer Schritt der Integration auf dem Weg vom Staatenverbund zum Bundesstaat - EUROLand. Ob EUROLand auch eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte haben wird, hängt von seinen institutionellen Grundlagen ab. Um Wachstum und Wohlstand zu erreichen, muss sich EUROLand an diesen Prinzipien orientieren:

#### 1. **Think Small First:**

Neunundneunzig Prozent aller Unternehmen in EUROLand sind kleine und mittlere Unternehmen. Sie schaffen die Arbeitsplätze. Daher darf sich die Politik nicht vornehmlich an den Großkonzernen orientieren, sondern muss die richtigen Rahmenbedingungen für den europäischen Mittelstand schaffen.

#### 2. **Markt vor Staat**

In Bereichen, in denen eine wettbewerbliche Lösung möglich ist, darf der Staat nicht regulatorisch eingreifen. Eigentumsrechte und Konsumentensouveränität sind Teil dieses Prinzips. Ebenso gehören die Eigenverantwortung und das Haftungsprinzip dazu. Die staatliche Rettung von insolventen Unternehmen darf nur der Ausnahmefall, aber nie die Regel sein.

#### 3. **Subsidiarität**

Die Divergenz der Eurozone ist zu groß, als dass eine vollkommene Angleichung in der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Energie- und Steuerpolitik sinnvoll wäre. Das Prinzip der Subsidiarität muss zur Geltung kommen. Es besagt, dass politische Entscheidungen so ortsnah wie möglich getroffen werden und somit ein Wettbewerb um die besten Lösungen entsteht. Eine Transferunion ist damit ausdrücklich nicht verbunden.

#### 4. **Demokratische Legitimation**

Wichtige Entscheidungen müssen von gewählten Politikern getroffen werden, nicht von Technokraten. Dies entspricht demokratischen Prinzipien. EUROLand wird langfristig durch einen direkt gewählten Präsidenten und die Möglichkeit, per Volksabstimmung auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen, gestärkt.

#### 5. **Transparenz und Nachhaltigkeit**

Für ein starkes Europa ist das Vertrauen der Bürger notwendig. Entscheidungen müssen nachvollziehbar und transparent zustande kommen. Langfristig wirkende Entscheidungen erhalten Verfassungsrang, alle anderen Gesetze und Verordnungen verfallen nach spätestens zehn Jahren automatisch. Generationengerechtigkeit und eine Schuldenbremse sind Teil des Prinzips.

**Kontakt:** Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e. V. ■ Leipziger Platz 15  
Mosse-Palais ■ D-10117 Berlin ■ Tel.: +49 (0)30 533206-0 ■ politik@bvmw.de ■ www.bvmw.de